



Protokoll der 7. Sitzung des Einwohnerrates

vom 18. Februar 2009, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Corinne Ruesch

Traktanden	Laufnummer
1. Bericht des Stadtrates betreffend Weidelibächlein / Weideliweg: Vergrösserung Bachdole Weidelibächlein und Neubau Schmutzwasserkanalisation Weideliweg; Genehmigung Bauprojekte und Baukredite ://: <i>Überweisung an BPK.</i>	2009/44
2. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission zum Entwicklungsplan 2009-2013 ://: <i>Kenntnisnahme.</i>	2008/13 2008/13a 2008/13b
3. Bericht der Bau- und Planungskommission betreffend Postplatz-Neugestaltung, Projekt- und Kreditgenehmigung ://: <i>Von Traktandenliste abgesetzt.</i>	2008/17 2008/17a
4. Bericht der Geschäftsprüfungskommission zur Regionalen Musikschule Liestal (RML) ://: <i>Kenntnisnahme.</i>	2009/43
5. Postulat von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen an der Kasernenstrasse (als Notlösung während der Bauzeit) ://: <i>Überweisung an Stadtrat.</i>	2008/26
6. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Astrid Basler, Grüne, betreffend Parkplätze unmittelbar vor dem Stedtli ://: <i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2008/21
7. Motion von Michael Bischof, FDP Liestal, betreffend Gegenverkehr auf dem Wasserturmplatz ://: <i>Keine Überweisung an Stadtrat.</i>	2008/29
8. Postulat von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Standreglement ://: <i>Überweisung an Stadtrat.</i>	2008/27
9. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Beschaffung ://: <i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>	2008/12

- | | | |
|-----|---|---------------------------------|
| 10. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend „Pädagogische Hochschule gehört nach Liestal“
<i>Vertagt.</i> | 2008/19 |
| 11. | Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Erhöhung der Strompreise per 1. Oktober 2007 und Januar 2009
<i>Vertagt.</i> | 2008/23
2008/23a
2008/23b |
| 12. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend neues Buskonzept
<i>Vertagt.</i> | 2008/24 |
| 13. | Motion von Pascal Porchet und Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion sowie Beat Gränicher der SVP-Fraktion betreffend Steuersenkung auf 60 Prozent ab 2010
<i>://: Von Traktandenliste abgesetzt.</i> | 2008/39 |
| 14. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Margrit Siegrist der SVP-Fraktion betreffend Verkehrsumlagerung im Zentrum
<i>Vertagt.</i> | 2009/41 |
| 15. | Postulat von Magrit Siegrist und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Tourismusförderung Liestal
<i>Vertagt.</i> | 2009/42 |

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Einwohner-ratssitzung.

Protokoll der Einwohnerratssitzungen vom 21. Januar 2009

Der Ratspräsident informiert darüber, dass vom Ratsbüro am 12. Februar 2009 das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung vom 21. Januar 2009 ohne Änderungen genehmigt wurde.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

- Rücktritt Nils Henn: Das Rücktrittsschreiben von Nils Henn der FDP-Fraktion vom 18.02.2009 wird verlesen, mit welchem dieser seinen Rücktritt per 31. März 2009 bekannt gibt.
- Rücktritt Sabine Ammann: Dem vom Ratspräsidenten verlesenen Demissionsschreiben kann entnommen werden, dass Sabine Ammann der CVP/EVP/GLP-Fraktion ihren Rücktritt per 30. April 2009 bekannt gibt.
- Stadtverwalter Roland Plattner: Dem letztmals in seiner Funktion als Stadtverwalter anwesenden Roland Plattner wird für sein Engagement und die geleistete Arbeit seit seinem Amtsantritt vom 01. Juni 2003 bei der Stadt Liestal gedankt. Dieser wird am 01.03.2009 eine neue Aufgabe als Generalsekretär der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft übernehmen.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Der diesjährige Einwohnerratsausflug findet am 06. Juni 2009 statt und wird mit einer Besichtigung der Biopower-Anlage in Pratteln verknüpft.
- Die Fraktionen werden gebeten, künftig nur noch die neuen „Antrag-Formulare“ zu verwenden, welche bei den beiden Eingängen in den Landratssaal aufgelegt sind.
- Der offene Brief der Bürgergemeinde Liestal vom 11. Februar 2009 betreffend der Beitragszahlungen und Baurechtsverträge ist erst nach der Bürositzung vom 12. Februar 2009 eingetroffen und wird vom Ratsbüro auf die nächste Bürositzung vom 19. März 2009 traktandiert.

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat sind keine Mitteilungen zu machen.

Als **Stimmenzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-------------------------|-----------------|
| - Meret Kaufmann | Seite FDP |
| - Elisabeth Augstburger | Seite SP, Grüne |
| - Vreni Wunderlin | Mitte, Büro |
-

Neue persönliche Vorstösse:

- Postulat von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion und Regula Nebiker der SP-Fraktion betreffend Stützung des Gewerbes mit dem Mehrertrag des Finanzausgleichs (Nr. 2009/45)
 - Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend besseren Anbindung des kantonalen Verwaltungsbezirks an die Altstadt (Nr. 2009/46)
 - Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend professionellem Stadt- und Standort-Entwicklungsprogramm für Liestal (Nr. 2009/47)
-

Traktandenliste

a) Postplatz-Neugestaltung (Nr. 2008/17, Nr. 2008/17a)

Ratspräsident F. Kaufmann (SP) informiert darüber, dass von der FDP-Fraktion ein Antrag für eine Vertagung des Traktandums „Postplatz-Neugestaltung“ vorliegt.

Pascal Porchet (FDP) begründet den Antrag seiner Fraktion damit, dass der Postplatz gemäss Vorlage Nr. 2008/17 nur erstellt werden kann, wenn vorgängig noch die Vorlagen betreffend der „Velostation“ (Nr. 2008/7a und Nr. 2008/7b) bewilligt werden. Die beiden Vorlagen werden zur Zeit in der BPK beraten und sind noch nicht abstimmungsreif, weshalb die Vorlage „Postplatz“ an der heutigen Sitzung noch nicht behandelt werden soll. Die Vorlage macht zudem keine Aussagen im Hinblick auf die Verzögerungen im Zusammenhang mit dem Bau der H2-Umfahrung, künftigen Busverkehr usw.

Stadtrat Ruedi Riesen macht beliebt, dass das Geschäft an der heutigen Sitzung behandelt wird. Im Rahmen der Detailberatung könnten die Fragen der FDP-Fraktion sicher noch beantwortet werden.

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf den Kommissionsbericht Nr. 2008/17a und stellt fest, dass an den zwei BPK-Sitzungen festgestellt wurde, dass die Bauprojekte auf der Achse Bahnhofplatz – Manor baldmöglichst realisiert werden sollen, damit es zu keinen weiteren Verkehrsbehinderungen kommt. Das Geschäft soll deshalb an der heutigen Sitzung behandelt und der FDP-Antrag abgelehnt werden.

Jürg Holinger (GL) unterstützt die Aussagen der beiden vorherigen Redner und spricht sich für eine Behandlung des Geschäfts an der heutigen Sitzung aus.

Ernst Burkhardt (SP) ergänzt, auch die SBB nimmt die Bauarbeiten betreffend der Lärmschutzwände entlang der Poststrasse jetzt in Angriff. Die Bauarbeiten der Stadt und der SBB können nur dann optimal koordiniert werden, wenn der Einwohnerrat an seiner heutigen Sitzung dem Bauprojekt Postplatz-Neugestaltung zustimmt.

Hanspeter Meyer (SVP) bemerkt, nach der Verabschiedung des BPK-Berichtes sind nach den verschiedenen Pressemitteilungen betreffend der Bauverzögerungen im Zusammenhang mit der H2 sowie Umfahrungsstrasse doch Zweifel aufgekommen, die vorgängig einem Postplatz-Entscheid noch geklärt werden sollten.

Roman Zeller (FDP) äussert, ein flexibles Handeln ist nötig, da zwischen dem Postplatz-Projekt und der H2-Umfahrungsstrasse mit dem kommunalen Verkehrskonzept ein direkter Zusammenhang besteht. Sollte schlussendlich die Umfahrung und/oder das Verkehrskonzept Änderungen erfahren, so würde mit der Postplatzneugestaltung der frühere Volksentscheid umgangen. Angesichts der verschiedenen Unbekannten fehlen die wichtigsten Eckpfeiler, um das Geschäft Postplatz an der heutigen Sitzung beraten zu können.

Matthias Zimmermann (SP) führt aus, dass die Stadt Liestal nicht bei jeder Projektänderung des Kantons ihre Konzepte wieder von Grund auf ändern kann. Die Verkehrsachse vom Bahnhof bis zum Wasserturmplatz sollte wieder raschmöglichst geöffnet werden.

Stadtrat Ruedi Riesen unterstreicht das Votum des BPK-Präsidenten und informiert darüber, dass betreffend der Bauverzögerung/Zurückstufung der H2 bereits ein Gespräch mit Regierungsrat Jörg Krähenbühl der Bau- und Umweltschutzdirektion BL stattgefunden hat. Die stadträtliche Vernehmlassungsantwort betreffend dem Agglomerationsprogramm wird vom Stadtrat am kommenden Freitag noch verabschiedet. Die Stellungnahme der Stadt Liestal wird vom Kanton unterstützt. Vom Baudirektor ist in Aussicht gestellt worden, dass er bei den eidgenössischen Parlamentariern diesbezüglich in Bern vorsprechen wird. Das Verkehrskonzept inklusive dem Postplatz ist vom Einwohnerrat beschlossen worden und das zögerliche Verhalten würde einen Rückschritt des Einwohnerrates bedeuten.

Hans Brodbeck (FDP) führt aus, dass wohl unbestritten ein direkter Zusammenhang zwischen den beiden Projekten „Postplatz“ und „Velostation“ besteht, weshalb das traktandierte Geschäft „Postplatz“ von der heutigen Traktandenliste abgesetzt werden soll.

://: Mit 21 Ja- gegen 15 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wird der Antrag der FDP-Fraktion für eine Absetzung des Geschäfts „Postplatz-Neugestaltung“ (Nr. 2008/17, Nr. 2008/17a) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung mehrheitlich angenommen.

b) Motion „Steuersenkung auf 60 Prozent ab 2010“ (Nr. 2008/39)

Ratspräsident F. Kaufmann (SP) informiert darüber, dass von der FDP-Fraktion ein weiterer Antrag für eine Verschiebung des Traktandums „Motion Steuersenkung“ vorliegt.

Daniel Spinnler (FDP) begründet den Antrag der FDP-Fraktion damit, dass er als Mitunterzeichner der Motion die heutige Sitzung bereits um 19.00 Uhr verlassen muss und deshalb das Geschäft auf die nächste Sitzung neu traktandiert werden soll.

://: Mit 31 Ja-Stimmen wird der Antrag der FDP-Fraktion für eine Absetzung des Geschäfts „Motion Steuersenkung“ (Nr. 2008/39) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung grossmehrheitlich angenommen.

53 0.01.011.01 Einwohnerrat

**1. Bericht des Stadtrates betreffend Weidelibächlein / Weideliweg:
Vergrösserung Bachdole Weidelibächlein und Neubau Schmutzwasserkanalisation Weideliweg; Genehmigung Bauprojekte und Baukredite (Nr. 2009/44)**

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) gibt bekannt, dass das Büro die Überweisung der stadt-rätlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission BPK vorschläge.

Hans Brodbeck (FDP) orientiert, die FDP-Fraktion spreche sich für eine Direktberatung aus, da genügend Detailinformationen für die Entscheidungsfindung der Vorlage entnommen werden können.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) äussert, auch seine Fraktion spreche sich für eine Direktberatung aus. Damit kann auch ein zusätzlicher Aufwand für die BPK vermieden werden.

Jürg Holinger (GL) informiert darüber, dass in seiner Fraktion im Zusammenhang mit dem Richtplan 95 noch Fragen betreffend dem vorliegenden Geschäft aufgetaucht sind. Sollten diese an der heutigen Sitzung abschliessend beantwortet werden können, so drängt sich eine Überweisung der Vorlage an die BPK nicht auf.

Regula Nebiker (SP) unterstützt das Votum des Vorredners Jürg Holinger.

Beat Gränicher (SVP) erklärt, seine Fraktion spreche sich einstimmig für eine Überweisung der Vorlage an die BPK aus.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass er technische Fragen zum Geschäft beziehungsweise der Ausdohlung des Weidelibächleins erst nach Rücksprache mit dem Stadtbauamt beantworten könne.

://: Der Bericht des Stadtrates wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen an die BPK überwiesen.

54 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission und der Bau- und Planungskommission zum Entwicklungsplan 2009-2013 (Nr. 2008/13, Nr. 2008/13a, Nr. 2008/13b)

Heinz Lerf (FDP) hält als Kommissionspräsident die wichtigsten Punkte des Fiko-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2008/13b kurz fest: Dem Voranschlag 2009 ist nach der Überweisung der Vorlage „Entwicklungsplan“ (EP) der Vorzug gegeben worden, weshalb es zu Verzögerungen kam. Der EP ist in der Fiko an fünf Sitzungen beraten worden. Die über 70 Fiko-Fragen sind vom Stadtrat und der Verwaltung innert Kürze beantwortet worden. Erfreut durfte die Fiko an ihrer Sitzung vom 06. Januar 2009 vom Finanzchef erfahren, dass sich das neue Finanzausgleichsgesetz positiv für Liestal auswirken dürfte. Die Fiko und die Fraktionen sind dazu aufgerufen worden, sich über die Verwendung der zusätzlichen finanziellen Mittel Gedanken zu machen. Die strategischen Zielsetzungen im Zusammenhang mit den Dienstleistungsangeboten werden von der Fiko unterstützt. Betreffend den Zielsetzungen im Zusammenhang mit den Finanzen sowie der Investitionsplanung wird auf die im Fiko-Bericht aufgeführten Varianten und Vorschläge verwiesen. Betreffend den Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser sind die entsprechenden Sachreglemente bis im April 2009 in Aussicht gestellt worden. Die Fiko erwartet, dass der neue EP 2010-2014 bis spätestens im Juli 2009 vorliegt.

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht (Nr. 2008/13a) und führt aus, dass der EP 2009-2013 auch von der Bau- und Planungskommission kritisch geprüft wurde. Der Antrag der BPK für das Vorziehen des Projektes Wasserturmplatz-Neugestaltung zu Lasten der Projekte „Fraumattschulhaus“ und „Joy“ macht Sinn, da die beiden Projekte sowieso Verzögerungen erfahren. Sorge bereiten die anstehenden Schulbautensanierungen in Millionenhöhe. Betreffend der Finanzierung von Bauprojekten sind vom Stadtrat und der Verwaltung die entsprechenden Grundlagen zu beschaffen. Der Fiko sowie dem Stadtrat und der Verwaltung wird der Dank für die gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Beratung des EP 2009-2013 ausgesprochen.

Stadtrat Peter Rohrbach informiert anhand von projektierten Dokumenten über folgende Punkte: Ziel der Strategien / Steuern: Steuerreduktionen (Schätzungen 2008), Steuerfuss „natürliche Personen“ / Schulden: Zielsetzungen, Schuldenabbau, Zinsschwankungen / Investitionen / Schuldenabbau vs. Investitionen / Dienstleistungen: Personalaufwand und Stellenplan; Projekte Jugendarbeit, Integration und Standort Liestal.

Betreffend den Planungssicherheiten verschiedener Bauvorhaben müssten von Stadtrat Ruedi Riesen gegebenenfalls noch ergänzende Angaben gemacht werden. Bezüglich der Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs bzw. der Motion „Steuersenkung“ (Nr. 2008/38) ist den Einwohnerratsmitgliedern ein falsches Tischpapier verteilt worden. Die Tabelle „Abschätzung der Auswirkung des neuen Finanzausgleichsgesetzes auf den Saldo der Laufenden Rechnung“ vom 18.02.2009 wird kurz erörtert und soll den Einwohnerratsmitgliedern noch mit E-Mail zugestellt werden.

Peter Küng (SP) äussert, auch seine Fraktion wäre froh, wenn der EP künftig früher und inklusive der Spezialfinanzierungen dem Einwohnerrat zugestellt würde, da dieser doch auch ein wertvolles Arbeitsinstrument für den Voranschlag ist. Die stadträtliche Strategie gemäss Seite 4 der Vorlage Nr. 2008/13 wird unterstützt. Die SP-Fraktion plädiert dafür, dass im Investitionsprogramm keine Kürzungen vorgenommen werden. Der BPK-Antrag für das Vorziehen des Wasserturmplatz-Projektes wird unterstützt, wobei der 2. Antrag der Fiko abgelehnt wird. Die Verwendung der zusätzlichen finanziellen Mittel als Folge des neuen Finanzausgleichsgesetzes soll erst dann thematisiert werden, wenn sich die Prognosen bewahrheiten und zusätzlichen Geldmittel auch tatsächlich zur Verfügung stehen.

Daniel Spinnler (SP) bestätigt die Aussage des Vorredners, dass es sich beim EP um ein gutes Arbeitsinstrument handelt. Betreffend der Investitionsplanung wird festgestellt, dass in der Vergangenheit verschiedene geplante und bereits bewilligte Investitionen nicht getätigt worden sind oder Verzögerungen erfahren haben. Betreffend der Finanzausgleich-Mehrerträge vertritt seine Fraktion die Meinung, dass die Steuersenkung gemäss eingereichter Motion beschlossen werden soll und nicht die Finanzausgleichzahlungen abgewartet werden sollen. Die Anträge der Fiko werden unterstützt.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass der EP 2009-2013 zu spät eingetroffen sei und bereits mit dem anschliessend eingereichten Voranschlag 2009 überholt wurde, welcher dann vorrangig auch genehmigt wurde. Spätestens im nächsten EP sollten auch die Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser integriert sein. Künftig ist den rasant steigenden Aufwänden die gebührende Beachtung zu schenken. Die Mehreinnahmen des neuen Finanzausgleiches schüren Spekulationen und Begehrlichkeiten, was die Finanzen Liestals aus der Balance bringen könnte. Stadtrat und Verwaltung wird die Überprüfung des Energieverbrauchs beim Frenkschulhaus empfohlen. Seine Fraktion erwartet, dass der neue EP fristgerecht eingereicht wird.

Erika Eichenberger (GL) unterstreicht die Voten der Vorredner betreffend dem Fehlen der Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser sowie früheren Unterbreitung der EP im Einwohnerrat. Der zweite Antrag der Fiko betreffend der Investitionskürzungen wird von ihrer Fraktion nicht unterstützt. Bei der Jugendarbeit, im Bildungswesen und auch beim Projekt Tagesstrukturen soll nicht gespart werden.

Hans Brodbeck (FDP) äussert, auch in seiner Fraktion ist der BPK-Antrag betreffend dem Vorziehen des Wasserturmplatzes auf Widerstände gestossen. Eine Mehrheit der FDP-Fraktion wird den BPK-Antrag nicht unterstützen.

Jürg Holinger (GL) nimmt Bezug auf die Ausführungen von Daniel Spinnler und stellt fest, dass verschiedene Projekte und Investitionen wegen fehlender Kapazitäten beim Stadtbauamt nicht realisiert werden konnten. Sinn und Zweck des EP soll es doch auch sein, dass vom Parlament Schwerpunkte neu gesetzt werden können, wie dies nun betreffend dem Vorziehen des Wasserturmplatz-Projektes der Fall ist. Der Antrag der BPK wird deshalb unterstützt.

Markus Meyer (SVP) erwartet, dass der neue EP nun wirklich früher vorgelegt wird. Betreffend den prognostizierten Finanzausgleich-Mehreinnahmen ist man in seiner Fraktion eher pessimistisch. Die beiden Fikoanträge sowie der BPK-Antrag werden unterstützt.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf die Aussagen der FDP-Fraktionssprecher und fragt sich, wo denn das Engagement und die Lust der Freisinnigen für die Tätigung von Investitionen bleibe.

Pascal Porchet (FDP) entgegnet, dass in der FDP Freude und Lust immer noch vorhanden sind und so hatten sich einzig Mitglieder seiner Partei zum Grossprojekt „Kantonale Verwaltung“ positiv gegenüber der Presse geäussert. Bei den beiden Projekten Velostation und Wasserturmplatz sind aber noch Detailfragen zu klären, ungeachtet allfälliger Interessen von Architekten aus den eigenen Reihen.

Hans Brodbeck (FDP) ist überrascht und irritiert ob der Stellungnahme von Stadtrat Ruedi Riesen, hatte doch der Stadtrat in seiner Vorlage die Realisierung des Wasserturmplatzes ursprünglich auch später geplant und terminiert.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Bezug auf die Ausführungen der beiden Vorredner und informiert darüber, dass der Stadtrat nach der EP-Beratung durch die BPK zur Überzeugung gekommen ist, dass ein Vorziehen des Wasserturmplatz-Projektes Sinn macht. Damit kann die Verkehrsachse vom Bahnhof bis zum Törli im Zusammenhang mit dem Manor-Neubau sichergestellt werden. Betreffend der von der FDP-Fraktion gewünschten Trennung der beiden Projekte Postplatz und Velostation ist festzuhalten, dass die Investitionskosten so oder so anfallen werden. Der Aussage, dass die Mietzinse im Zusammenhang mit der Velostation noch zu überprüfen sind, kann seinerseits zugestimmt werden.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert darüber, dass die Rednerliste abgeschlossen ist und orientiert über das Abstimmungsprozedere.

- ://: Der Antrag der Finanzkommission, dass bei einer Selbstfinanzierung unter TCHF 4'000 der Schuldenabbau immer TCHF 1'500 beträgt und die Investitionen entsprechend reduziert werden, wird mit 19 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen abgelehnt.
- ://: Vom Entwicklungsplan 2009-2013 wird mit 36 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zustimmend Kenntnis genommen.
- ://: Dem Antrag der Bau- und Planungskommission für eine Vorverlegung der Finanzierung betreffend der Wasserturmplatz-Neugestaltung in die Jahre 2010/2011 wird mit 25 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

55 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission zur Regionalen Musikschule Liestal RML (Nr. 2009/43)

Dieter Epple (SVP) nimmt als Kommissionspräsident zum GPK-Bericht kurz Stellung: In den vergangenen Jahren stand die RML jeweils in der Kritik wegen der steigenden Kosten und den personellen Schnittstellen. Die Überprüfung hat gezeigt, dass der Kanton Mitte 2008 bereits eine Untersuchung angeordnet und abgeschlossen hat. Die Massnahmen müssen bis 2010 umgesetzt werden. Vom Kanton und der externen Revisionsstelle BDO Visura ist eine ordnungsmässige und kompetente Buchführung bestätigt worden. Auflagen wurden auch hier gemacht und beispielsweise die Erstellung eines Finanzplanes vorgeschlagen. Im 2009 wird erneut eine Kosten-Steigerung erwartet. Die RML ist gezwungen, die auferlegten Massnahmen der kantonalen Kontrollstelle umzusetzen und entsprechend dem Kanton Bericht zu erstatten. Die GPK unterstützt das Vorgehen des kantonalen Controllings. Frühestens nach der Umsetzungsphase im 2010 sollte von der Finanzkommission der RML-Bereich im Detail überprüft werden.

Peter Küng (SP) verliest § 51 Abs. 1 des Bildungsgesetzes und macht auf die Pflichten sowie Aufgaben der Gemeinden aufmerksam. Als früherer Gemeindedelegierter der RML kann er erfahrungsgemäss feststellen, dass an der RML in Liestal sehr gute Arbeit geleistet wird. Davon profitieren auch verschiedene kulturelle Vereine der Vertragsgemeinden. Die verschiedenen Misstöne betreffend der RML kommen von einzelnen umliegenden Gemeinden und nicht von der Stadt Liestal her.

Vreni Wunderlin (FDP) legt dar, dass die RML einen grossen Stellenwert im Bildungswesen und Kulturbereich hat. Eine aktive Begleitung durch die GPK wird unterstützt und der einwohnerrätlichen Kommission der Dank für die Berichterstattung ausgesprochen.

Erika Eichenberger (GL) dankt für den GPK-Bericht. Erfreut darf von einer einwandfreien Buchführung in der RML Kenntnis genommen werden. Das Angebot der RML für einen professionellen Musikunterricht für die Jugendlichen ist zu unterstützen. Ihre Fraktion unterstützt den Antrag sowie die Empfehlungen der GPK.

Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP) ist dankbar für die geleisteten Arbeiten der kantonalen Kontrollstelle sowie deren formulierten Massnahmen und Auflagen. Der Eindämmung der Ausgaben muss auch künftig die gebührende Beachtung geschenkt sowie die Umsetzung der Auflagen und Empfehlungen zur gegebenen Zeit überprüft werden.

Stadtrat Lukas Ott dankt für die Voten mit Wertschätzungen des RML-Angebotes. Festzuhalten bleibt, dass die RML nicht ein Bestandteil der Verwaltung der Stadt und Standortgemeinde Liestal ist. Mit Inkrafttreten des neuen Bildungsgesetzes im Jahre 2003 ist die Struktur mit einem Schulrat und einer Gemeindedelegiertenversammlung erweitert worden, was schon eine spezielle Herausforderung ist. Der Stadtrat nimmt eine grundsätzliche positive Haltung zu einer möglichen Neuorganisation der RML analog der Kreisschule ein, mit welcher die Stadt Liestal als Standortgemeinde strategisch und operativ im Lead wäre. Als wichtigste Pendeuz steht in der RML die Überführung des Lohnwesens in die kantonale Besoldungsregelung an. Bezugnehmend auf die Aussagen von Peter Küng wird festgehalten, dass viele Details und Verbindlichkeiten auf Verordnungsstufe fehlen oder nicht geregelt sind.

://: Vom Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend der Regionalen Musikschule Liestal (RML) wird Kenntnis genommen.

56 0.01.011.01 Einwohnerrat

**4. Postulat von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend
Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen an der Kasernenstrasse als
Notlösung während der Bauzeit (Nr. 2008/26)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

FDP

Vreni Wunderlin-Friedli

Postulat

Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen an der Kasernenstrasse (als Notlösung während der Bauzeit)

Es fehlen Parkplätze in Stadtrandnähe.

Mit verhältnismässig geringem Aufwand könnte für eine Übergangszeit in Liestal zusätzlich Parkraum geschaffen werden, und zwar durch die Einführung einer Schrägparkierung auf der Kasernenstrasse Stedtli-einwärts, wo ohnehin schon parkiert wird. Zwingende Rahmenbedingungen hierfür wären lediglich die Fahrbahn leicht zu verengen und einen Velostreifen auf dem Trottoir anzulegen. Diese Parkplätze wären ideal für Kundschaft, die in Liestal „Shoppen“ oder einfach auf der Liestaler Gastronomie-Meile in den Ausgang gehen möchten.

Durch die zusätzliche Verlegung der Bushaltestelle „Kaserne“ in Richtung Törli würde weiterer Parkraum frei. Für die NutzerInnen des öffentlichen Verkehrs würde das Stedtli noch direkter erreichbar, ohne dass umständlich zwei Strassen passiert werden müssen wie heute.

Diese Massnahmen sollen den Notstand der fehlenden Parkplätze bis zur Realisierung des neuen Parkhauses „Bücheli“ in Verbindung mit dem Manor-Projekt mildern.

Diese Massnahmen sind als temporäre Massnahmen in Zusammenhang mit den Bauarbeiten zu verstehen.

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob sich an der Kasernenstrasse zwischen Einmündung Kanti-neweg bis Restaurant Gitterli im Sinne einer temporären Massnahme zusätzlich Parkplätze realisieren liesse.

Vreni Wunderlin-Friedli

Vreni Wunderlin (FDP) teilt als Postulantin mit, dass gemäss Auskunft des Kantons der Verkehr in der Kasernenstrasse mit 5'000 bis 8'000 Fahrzeugen pro Tag als erhebliches Risiko eingestuft wird. Vom Tiefbauamt werden deshalb mögliche Verbesserungsmassnahmen geprüft. Die Abtretung der Kantons- bzw. Kasernenstrasse an die Stadt Liestal wird geprüft. Anhand eines Situationsplanes wird ihr Vorschlag für eine Schrägparkierung vorgestellt.

Stadtrat Ruedi Riesen gibt bekannt, dass sich der Stadtrat gegen eine Überweisung des Postulates ausspricht, obwohl die Idee des politischen Vorstosses grundsätzlich gut ist. Im Zusammenhang mit den Bauvorhaben „Manor“ und „Parkhaus Bücheli“ müssen noch Temporärlösungen betreffend den fehlenden und wegfallenden Parkplätze gefunden werden. Mit geringem Aufwand könnten auf der Strassengegenseite rund 15 zusätzliche Parkplätze entlang der Kasernenstrasse geschaffen werden. Der Vorschlag der Postulantin für eine Schrägparkierung wurde vom Stadtbauamt geprüft, kann aber nicht weiter verfolgt werden, da damit das Trottoir beansprucht werden müsste. Auch die Strassenbreite von mindestens 4,5 Metern würde nicht mehr eingehalten und der Busverkehr würde zu grossen Beeinträchtigungen für den Gegenverkehr mit sich bringen.

Paul Finkbeiner (SVP) spricht sich für eine Überweisung des Postulats an den Stadtrat aus, da wohl nur an der Kasernenstrasse ohne grösseren Aufwand zusätzliche Parkplätze geschaffen werden können. Das Gewerbe im Stedtli ist auf zusätzliche Parkplätze angewiesen, werden doch rund 70'000 bis 100'000 Franken pro Parkplatz an Umsatz generiert. Eine Schrägparkierung entlang der Kasernenstrasse ist sicher machbar und soll nicht an den Folgekosten scheitern.

Jürg Holinger (GL) findet die Grundidee des Postulates ebenfalls gut, doch werden auch seinerseits Bedenken betreffend der Umsetzung geäussert. Die Verlegung der Bushaltestelle zum Törli kann befürwortet werden, doch handelt es sich dabei um keine Alternativlösung. Seine Fraktion spricht sich gegen die Überweisung des Postulates an den Stadtrat aus.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) unterstreicht die bereits geäusserten Bedenken betreffend den zu erwartenden Verkehrsbehinderungen, den Beeinträchtigungen des Busverkehrs sowie dem Mehrverkehr in der Kasernenstrasse im Zusammenhang mit dem Manor-Neubau. Die Wirkung von zusätzlichen Parkplätzen ist nicht verantwortbar mit den zusätzlichen Folgekosten. Auch seine Fraktion spricht sich gegen eine Postulatüberweisung aus.

Philipp Senn (SP) begrüsst ebenfalls den kreativen Lösungsvorschlag des politischen Vorstosses. Nach den Vorabklärungen des Stadtbauamtes sind die technischen Schwierigkeiten bekannt, weshalb sich die SP-Fraktion ebenfalls gegen eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat ausspricht.

Hans Brodbeck (FDP) versteht die Einwände gegen eine mögliche Schrägparkierung entlang der Kasernenstrasse nicht, sind doch beispielsweise beim Postplatz-Projekt die Parkplätze gar rechtswinklig zur Fahrbahn angeordnet.

Jürg Holinger (GL) erwidert, dass die Parkplatzanordnung beim Postplatz durchaus verantwortbar ist, liegt der neue Platz doch neu in einer Begegnungszone mit Tempo 20. Mit einer solchen Temporeduktion könnte gegebenenfalls auch eine Schrägparkierung in der Kasernenstrasse entgegenkommenderweise von seiner Fraktion unterstützt werden.

Vreni Wunderlin (FDP) legt dar, dass in der Kasernenstrasse beide Trottoirs genügend breit sind. So wäre es sicher möglich und verantwortbar, dass das eine Trottoir zu Gunsten einer Schrägparkierung mit Velostreifen geopfert würde.

://: Mit 19 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.

57 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Astrid Basler, Grüne, betreffend Parkplätze unmittelbar vor dem Stedtli (Nr. 2008/21)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation zu Parkplätzen unmittelbar vor dem Stedtli!

Der Stadtrat Liestal hat entschieden, dass vor der Sportbar 3 bis 4 Parkplätze geschaffen werden sollen. Unklar ist wie lange diese bestehen sollen.

Seit 2 Jahren betreibt die Sportbar in den Sommermonaten ein Gartenrestaurant auf der Allmend. Der Geschäftsführer hat mit Mobiliar und Pflanzen eine Aufenthaltszone geschaffen. Diese trägt zur Attraktivitätssteigerung des Stedtli bei, erhöht die Umsatzsteigerung für alle Geschäfte (Mehr Kunden) und fördert die Wirtschaftlichkeit. Bekanntermassen will dies die Stadt Liestal fördern. Nun erachte ich es als sehr wichtig, dass diese Bewirtschaftung im Freien während den Sommermonaten weiterhin zur Verfügung stehen kann. Gemäss Aussage vom Stadtverwalter könnte die Stadt dem Kompromiss, die Flächen auf der Allmend im Sommer mit einem Gartenrestaurant und in den Wintermonaten mit Parkflächen zu belegen, zustimmen.

Offen sind die weiteren geplanten Parkplätze an der Rathausstrasse nahe Regierungsgebäude, welche ich als völlig übertrieben erachte. Die Verengung dieses Durchgangs mit Parkflächen wird für Unmut und Chaos führen. Dabei ist die Unfallgefahr für Velofahrer und FussgängerInnen zu beachten. Die grossen Lieferlastwagen, welche den Detailhandel beliefern, machen den Eingang ins Stedtli zusätzlich gefährlich.

Ich bitte den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten.

- 1. Kann der Stadtrat ein Versprechen abgeben, dass die Gartenwirtschaft bei der Sportbar während den Sommermonaten in den nächsten Jahren am bisherigen Ort wieder eröffnet werden kann?*
- 2. Wo genau und bis wann sollen die übrigen in Aussicht gestellten Parkflächen geschaffen werden und werden diese befristet ?*
- 3. Werden alle diese Parkplätze öffentlich zugänglich?*
- 4. Ist sich der Stadtrat der Gefahr bewusst, dass diese Parkplätze von in der Nähe Arbeitenden belegt werden könnten?*
- 5. Für welche Kundschaft sollen diese PP zur Verfügung stehen?*
- 6. Wenn alle diese Parkplätze erstellt sind ist es möglich, dass die Gefährlichkeit erhöht wird. Wurde dies in der Planung berücksichtigt?*

Grüne
Astrid Basler

Liestal, 25. Oktober 2008

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

- Frage 1: Wegen einem hängigen Beschwerdeverfahren können keine verbindlichen Versprechen abgegeben werden.
- Frage 2: Betreffend der Standorte der übrigen Parkflächen können noch keine konkreten Aussagen gemacht werden. Mit dem vorgängig überwiesenen Postulat „Parkplätze entlang der Kasernenstrasse“ (Nr. 2008/26) wird der Stadtrat aber nun ein Schrägparkieren entlang der Kasernenstrasse mit evtl. Einführung einer Tempo 20-Zone prüfen.
- Frage 3: Ja, es werden alle Parkplätze öffentlich zugänglich gemacht.
- Frage 4: Ja, der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Parkplätze von Pendlern belegt werden.
- Frage 5: Die Parkplätze sollen für Kunden der Ladengeschäfte und des Gewerbes der Altstadt zur Verfügung gestellt werden.
- Frage 6: Ja, die Gefahr der engen Kurve ist bei der Planung mitberücksichtigt worden.

Erika Eichenberger (GL) bemerkt, dass vor allem eine verbindliche Antwort zur ersten Frage von Interesse gewesen wäre. Ihre Fraktion möchte aber im Einwohnerrat nicht mehr über einzelne Parkplätze diskutieren, weshalb keine Diskussion erwünscht ist.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

58 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Motion von Michael Bischof, FDP Liestal, betreffend Gegenverkehr auf dem Wasserturmplatz (Nr. 2008/29)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Michael Bischof
FDP Liestal

Liestal, 3.10.2008

Gegenverkehr auf dem Wasserturmplatz

Die Verkehrssituation in Liestal ist bekanntermassen durch die verschiedenen Bauarbeiten nochmals verkompliziert worden. Gut erreichbare, stadtnahe Parkplätze sind das Lebenselixier eines attraktiven Einkaufszentrums, so auch für unser Stedtl.

Durch das Fahrverbot auf der Poststrasse ist der Wasserturmplatz und der Fischmarkt mit den dort zur Verfügung stehenden Parkplätzen noch schlechter zu erreichen. Sofern man die Zufahrt findet, was für Orts-Unkundige extrem schwierig ist, muss man grosse Umwege in Kauf nehmen. Seit der neuen Verkehrsführung sind vermehrt freie Parkplätze auf dem Wasserturmplatz und dem Fischmarkt zu beobachten, weil sich die Kunden scheuen, die komplizierten Wege in Kauf zu nehmen.

Auch ökologisch ist es ein Unsinn, den Parkplatz-Suchverkehr grosse Umwege fahren zu lassen.

Durch den stark verminderten Verkehr wegen dem Fahrverbot Poststrasse und die neue Verkehrsführung der Kasernenstrasse ist die linke Einspur-Strecke Richtung Büchelstrasse nicht mehr zwingend notwendig. Dieser Platz kann vom Törl bis zur Einfahrt in die Seestrasse/Fischmarkt für eine richtungsgetrennte Fahrbahn im Gegenverkehr genutzt werden. Die Verkehrsführung kann durch eine veränderte Boden-Bemalung mit einfachen Mitteln bewerkstelligt werden.

Die Massnahme ist als Uebergangslösung bis zur Realisation der Neugestaltung des Wasserturmplatzes gedacht.

Auftrag

Der Stadtrat wird beauftragt, zur erleichterten Erreichbarkeit der Parkplätze Wasserturmplatz und Fischmarkt die Verkehrsführung auf dem Wasserturmplatz ab Törl bis zur Einfahrt Seestrasse/Fischmarkt im Gegenverkehr zu regeln.

Michael Bischof

Michael Bischof (FDP) legt als Motionär kurz die wichtigsten Gründe seines politischen Vorstosses dar und präsentiert anhand eines Situationsplanes einen Lösungsansatz, mit welchem der stadträtliche Auftrag erfüllt werden könnte. Die vorgeschlagene neue Verkehrsführung auf dem Wasserturmplatz mit Gegenverkehr könnte ohne grössere Kostenfolgen realisiert werden.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert darüber, dass sich der Stadtrat gegen eine Überweisung der Motion ausspricht, obwohl die Idee der Motion grundsätzlich gut ist und auch technisch realisierbar wäre. Gemäss Vorabklärungen des Stadtbauamtes wären Umbauarbeiten beim Wasserturmplatz nötig, der Velostreifen könnte nicht wie vorgeschlagen realisiert werden und ein LKW mit Anhänger würde beim Einbiegen von der Kasernenstrasse in den Fischmarkt die Verkehrsinsel überrollen und/oder die Fahrbahnseite des Gegenverkehrs beanspruchen. Gemäss heutiger Entscheidung im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan 2009-2013 wird die Wasserturmplatz-Neugestaltung vorgezogen, weshalb die neue temporäre und kurze neue Verkehrsführung mit unverhältnismässigen Aufwänden verbunden wäre.

Paul Finkbeiner (SVP) plädiert für eine Überweisung der Motion an den Stadtrat. Wegen der Verkehrsbehinderungen bei der Poststrasse kommt man nur noch mit Umwegen durch die Allee auf den Wasserturmplatz. Der finanzielle Aufwand von CHF 40'000.-- für die neue Verkehrsführung sollte zu Gunsten der Mehreinnahmen für die Geschäfte im Stedtl aufgebracht werden.

Michael Bischof (FDP) weist darauf hin, dass in vergangener Zeit schon mehrere Fahrzeughalter für das Durchfahren der Poststrasse bis zum Wasserturmplatz gebüsst worden sind. Der Velostreifen zum Bahnhof wird während der Bauarbeiten an der Poststrasse unterbrochen und ist somit nicht benutzbar. Die Verkehrsinsel beim Wasserturmplatz wird im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Wasserturmplatzes sowieso zum Opfer fallen und könnte deshalb auch früher demontiert werden. Wegen der Problematik des Schwerverkehrs könnte auch ein LKW-Fahrverbot während der Zeit der neuen temporären Verkehrsführung veranlasst werden. Der vorgezogene Baubeginn der Wasserturmplatz-Neugestaltung im Jahre 2010 wird in Frage gestellt. Mit den Folgekosten von CHF 40'000.— für die von ihm vorgeschlagene neue Verkehrsführung könnte von der Stadt eine pragmatische Lösung finanziert werden.

Walter Leimgruber (SP) kennt als früherer Wasserturmplatz-Anwohner die Problematik der Verkehrsführung beim Wasserturmplatz, welcher von verschiedenen Zufahrtsstrassen her erschlossen wird und seines Erachtens einer der gefährlichsten Plätze in Liestal ist. Seit den Bauarbeiten bzw. der Schliessung der Poststrasse konnte eine Besserung festgestellt werden, doch ist der Fahrzeug- und Fussgängerverkehr nach wie vor unübersichtlich und problematisch. Die Motion soll nicht an den Stadtrat überwiesen werden, damit sich die Verkehrssituation nicht noch weiter verschärft.

Jürg Holinger (GL) unterstreicht die Argumentarien von Stadtrat Ruedi Riesen und macht insbesondere auf die Problematik der Velofahrer aufmerksam. Seine Fraktion spricht sich ebenfalls gegen eine Motionsüberweisung aus.

Hanspeter Stoll (SP) legt dar, dass sich die Befürchtungen und Ängste vorallem in den Stosszeiten bewahrheiten dürften, sollte die neue Verkehrsführung gemäss Vorschlag des Motionärs realisiert werden.

Gerhard Schaftroth (CVP/EVP/GLP) spricht sich gegen eine Überweisung des Vorstosses aus, da die vorgeschlagene Temporärlösung ein zusätzliches Gefahrenrisiko mit sich bringen würde.

Matthias Zimmermann (SP) macht beliebt, dass beim Wasserturmplatz für die kurze Übergangslösung bis zur Platzneugestaltung im Jahre 2010 nicht unnötig gebastelt wird und sich alle noch etwas bis zur neuen und definitiven Verkehrsführung beim Wasserturmplatz gedulden sollten.

://: Mit 17 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen wird die Motion nicht an den Stadtrat überwiesen.

59 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Postulat von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Standreglement (Nr. 2008/27)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Vreni Wunderlin-Friedli
FDP

Standreglement

Mit meiner Interpellation Nr. 2007/140 stellte ich Fragen zu Kriterien für Standbewilligungen. Mir ging es vor allem um die häufigen Anwesenheiten von religiösen beziehungsweise nicht definierte Gruppierungen.

Kürzlich wurde der Stadt Liestal an einem Samstag das Energielabel verliehen. Rundum waren Stände, die sich mit dem Energieverbrauch beschäftigten. Mitten drin, an bester Lage, unpassend zum Thema des Tages, war ein Stand einer religiösen Gruppierung platziert.

Letzten Samstag war ein Stand von Scientology – gegenüber vom Rathaus. Mehrere Leute rekrutierten Passanten für Psychotests, welche in der Öffentlichkeit durchgeführt wurden. Ich finde es problematisch, wenn solche Tests im Stedtli durchgeführt werden. Diese Gruppierungen ziehen sicher keine Kunden an, halten Leute, die hier einkaufen möchten, eher ab. Es interessiert mich, ob schon einmal darüber nachgedacht wurde, ob solche Stände einen Einfluss auf den Besuch von Kunden in Liestal haben.

Mit einem griffigen Reglement sollten zumindest klare Regeln für das Verhalten und die Häufigkeit der Reservation von bestimmten Gruppierungen aufgestellt werden.

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob ein entsprechendes Reglement für Standbewilligungen im Stedtli erarbeitet werden kann.

Vreni Wunderlin-Friedli

Vreni Wunderlin (FDP) führt als Postulantin aus, dass ein griffiges Reglement mit klaren Regelungen nötig ist. Klare Vorgaben und Bestimmungen würden auch die Arbeiten der Bewilligungsinstanzen vereinfachen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, der Stadtrat erkläre sich zur Übernahme des Postulates aus.

Meret Kaufmann (GL) hält fest, auch ihre Fraktion sei für eine Überweisung des Postulates, wobei sich das neue Reglement nicht negativ und mit Einschränkungen auf künftige Gesuche von Jugendlichen, Schulen usw. auswirken sollte.

Margrit Siegrist (SVP) unterstreicht die Stossrichtung des Postulates und spricht sich gegen weitere Scientology-Standbewilligungen aus. Ihre Fraktion ist für eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat. Vom Stadtrat wäre noch abzuklären, ob die diesbezüglichen reglementarischen Bestimmungen nicht auch im Polizeireglement oder beispielsweise in der Marktverordnung integriert werden könnten. Damit wäre auf ein neues zusätzliches Reglement unnötig.

Regula Nebiker (SP) äussert Bedenken, dass mit einem zusätzlichen Reglement die Werbekampagnen von Scientology unterbunden werden können. Solche Gruppierungen finden immer wieder Plätze und Möglichkeiten für ihre Öffentlichkeitsarbeiten. Ferner stellt sich die Frage, ob mit allfälligen Verboten nicht auch die Grundrechte der Religionsgemeinschaft eingeschränkt würden. Die SP-Fraktion spricht sich gegen eine Überweisung des Postulates aus.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) bemerkt, die Scientology-Gemeinschaft ist in Europa verboten und oftmals nur erkennbar, wenn man auch das Kleingedruckte liest. Schlimm an den Scientology-Machenschaften ist insbesondere, dass deren Mitglieder oftmals in den finanziellen Ruin getrieben werden. Da ein dringender Handlungsbedarf besteht, wird ihre Fraktion für eine Überweisung des Postulates stimmen.

Vreni Wunderlin (FDP) nimmt Bezug auf das Votum von Regula Nebiker und erklärt, dass der Kanton Basel-Stadt das Problem betreffend den Scientology-Gruppierungen mit dem neuen „Wegweisungsartikel“ löst.

://: Mit 30 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen wird das Postulat mit grossem Mehr an den Stadtrat überwiesen.

60 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Beschaffung (Nr. 2008/12)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Sozialdemokratische Fraktion*

Interpellation

Sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiger Beschaffung

IAO-Kernübereinkommen im Beschaffungswesen

(IAO = Internationale Arbeits-Organisation der UNO mit Sitz in Genf)

Die öffentliche Hand beschafft in der Schweiz pro Jahr für rund 34 Milliarden Sfr. Waren, Dienst- und Bauleistungen - davon der Bund 19%, die Kantone 38% und die Gemeinden 43%. Diese Summe entspricht 25% der Staatsausgaben und etwa 8% des Bundesinlandprodukts. - Das öffentliche Beschaffungswesen kann deshalb einen wesentlichen Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung und zur Lebensqualität der Menschen bei uns und in Billiglohn- und Schwellenländern leisten.

Bereits heute muss das Beschaffungsrecht gewisse soziale Kriterien erfüllen: So darf ein Auftrag beispielsweise nur an Anbieter/innen vergeben werden, welche die Lohngleichheit von Mann und Frau gewährleisten. Der Bund fasst die Instrumente zur Umsetzung ökologischer und sozialer Normen im öffentlichen Beschaffungswesen unter dem Begriff «Integrierte Produktpolitik» (IPP) zusammen. Produkte und Dienstleistungen sollen über ihren gesamten Lebenszyklus (Planungs-, Herstellungs-, Nutzungs- und Entsorgungsphase) hohen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anforderungen genügen (Strategiebericht des Bundesrates zur Nachhaltigen Entwicklung 2002 und 2007). Dies betrifft u.a. das Vereinigungsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen, das Verbot der Zwangsarbeit, das Verbot der Kinderarbeit sowie die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz. - Die Pflicht zur Einhaltung der IAO-Kernübereinkommen ist mit dem WTO-Recht vereinbar. Die IAO hat diese Übereinkommen 1998 zum menschenrechtlichen Grundstandard erhoben, sie müssen von allen Staaten eingehalten werden.

Unter verschärften Wettbewerbsbedingungen verhindert nur ein fairer Handel, dass soziale und ökologische Dumpingangebote – auch bei uns - KMUs aus dem Markt werfen und unsicheren, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen Vorschub leisten. Nur bei einem wirtschaftlichen Gedeihen der Länder des Südens und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen für alle kann die Armut in diesen Ländern bekämpft und den Ursachen für Migration und Terrorismus der Boden entzogen werden. Dazu leisten auch die Schweiz, alle Kantone und Gemeinden ihren Beitrag.

Wir fragen deshalb den Stadtrat - und danken zum Voraus für die Antworten:

- *Wie/wieweit berücksichtigt die Stadt Liestal die erwähnten Einkaufskriterien ?*
- *Gibt es entsprechende Weisungen ?*
- *Sind/werden die städtischen Angestellten dafür geschult/sensibilisiert ?*

Matthias Zimmermann

19. September 2008

Mehr: www.kehrseite.ch

Stadträtin Marion Schafroth nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

- Frage 1: Die in der Interpellation erwähnten Einkaufskriterien werden nach bestem Wissen und Gewissen berücksichtigt.
- Frage 2: Eine kommunale Weisung ist nicht existent. Hingegen sind Verbindlichkeiten mit der Mitgliedschaft von Liestal als „urwaldfreundliche Gemeinde“, „Energiestadt“ usw. vorhanden. Ferner sind beispielsweise auch die Bestimmungen des kantonalen Beschaffungsgesetzes bei Bestellungen und Aufträgen der Stadt zu berücksichtigen.
- Frage 3: Nein, eine Schulung der städtischen Angestellten ist nicht vorgesehen.

Matthias Zimmermann (SP) ist als Interpellant mit den stadträtlichen Antworten nicht ganz zufrieden, doch wäre es wohl problematisch, würde er am Schluss der Sitzung noch die Diskussion wünschen. Er ruft den Stadtrat dazu auf, seiner Einkaufspraxis bei der Bestellung von Baumaterialien wie Randsteine usw. vermehrt Beachtung zu schenken. Für eine stadträtliche Berichterstattung in 1 – 2 Jahren wäre er dankbar.

Regina Vogt (FDP) bemerkt, dass mit Einzelaktionen auf kommunaler Ebene wohl kaum Grosses bewirkt werden kann.

Paul Pfaff (SVP) meint, die Problematik liegt grundsätzlich darin, dass Aufträge der öffentlichen Hand meist nur den günstigsten Anbietern vergeben werden und diesbezüglich vielleicht ein Umdenken stattfinden müsste. Eine Kontrolle betreffend der Herkunft von Baumaterialien usw. ist kaum möglich. Er macht den Aufruf, dass Vergabungen an bekannte örtliche Firmen vergeben werden, welche Angebote zu realen Preisen machen.

Stadträtin Marion Schafroth bestätigt die Aussagen von Vorrednern, die auf die Problematik betreffend dem Herkunftsland von Pflastersteinen usw. und Zulieferanten derselben hingewiesen haben.

Matthias Zimmermann (SP) bedankt sich für die kurze Debatte sowie Stellungnahmen und verzichtet auf eine weitere Diskussion.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Franz Kaufmann

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann